

Gemeinsam für ein solidarisches Europa

Positionen der Solidaritätsaktion Renovabis zur Diskussion um Arbeitsmigration, Freizügigkeit und Armutszuwanderung innerhalb der Europäischen Union

(Stand 31. März 2014)

Die Solidaritätsaktion Renovabis steht für ein **Offenes Europa**, für die Partnerschaft und den Austausch zwischen Ost und West in Europa, für eine Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union.

Wir begrüßen – ohne bestehende Schwierigkeiten und große Herausforderungen zu übersehen – den bisher erfolgten **Integrationsprozess der Europäischen Union** auf dem Weg zu einem mehr und mehr zusammenwachsenden und solidarischen Europa.

Die momentanen Diskussionen zu den Themen Migration und Freizügigkeit betreffen die Arbeit von Renovabis sowohl in Osteuropa als auch in Deutschland. Vor diesem Hintergrund soll das vorliegende Positionspapier Rahmenbedingungen der Arbeitsmigration skizzieren und Erfahrungen von Renovabis zusammenfassen. Dabei begrenzen wir uns im Blick auf die derzeitige Diskussion in Deutschland auf die Migration innerhalb der EU.

Zum Kontext der Diskussion¹

Die Europäische Union ist nicht nur ein wirtschaftliches, politisches und Friedensprojekt (Friedensnobelpreis an die EU 2012), sondern auch ein **einzigartiges Kulturprojekt**, das einen großen Reichtum und ein fruchtbares Miteinander von Traditionen, Sprachen und Ethnien in sich birgt. Darüber hinaus hat die EU sich selber den Anspruch gestellt, eine **Wertegemeinschaft** zu sein. Dies zeigt etwa die Verständigung über fundamentale gemeinsame Normen und Werte in der „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“.

Die Freiheit, die Europa den Menschen bietet, hat (auch) zur Folge, dass es **Migrationsprozesse** gibt, insbesondere seit dem Ende des „Kalten Krieges“ und dem „Fall des Eisernen Vorhangs“ (1989), durch den die innereuropäischen Grenzen geöffnet wurden. Wichtige **Erfahrungen mit Arbeitsmigranten** (sog. „Gastarbeiter“) hat gerade Deutschland bereits seit den 1950er Jahren sammeln können.

Zum 90. Welttag der Migranten (2004) hat Papst Johannes Paul II. seitens der katholischen Soziallehre ein „Recht auf Sesshaftigkeit“ und ein „Recht auf Migration“ gefordert. Das **„Recht auf Sesshaftigkeit“** ist das, was ein Land seinen Bürgerinnen und Bürgern bietet, indem es ihnen „neben Rede- und Bewegungsfreiheit auch die Möglichkeit gibt, grundlegende Bedürfnisse wie Nahrung, Gesundheit, Arbeit, Unterkunft und Bildung zu befriedigen.“ Wenn diese Möglichkeiten nicht gegeben sind, werden die Menschen zur Auswanderung gezwungen. Und da gilt, so der Papst, dann das **„Recht auf Migration“**, darin begründet, dass „die Güter dieser Welt eine universale Bestimmung haben.“ (Nr. 3)² [Nur nebenbei sei festgestellt, dass der Papst hier von Menschenrechten ganz allgemein spricht, nicht etwa von Rechten, die nur für Binnenräume einer bestimmten politischen Größe wie etwa der der EU gelten.]

¹ Siehe auch Caritas-Kampagne 2014 „Weit weg ist näher als du denkst“ und die dazu veröffentlichte **„Sozial- und gesellschaftspolitische Positionierung“** des Deutschen Caritasverbands (insbesondere Abschnitt 5 „Migration und Integration“ des Caritas-Positionspapiers vom 21. November 2013).

² Botschaft von Johannes Paul II. anlässlich des 90. Welttages der Migranten und Flüchtlinge (2004) [http://vatican.va/holy_father/john_paul_ii/messages/migration]

In jedem Falle aber gilt: Das **Recht auf Freizügigkeit** ist ein hohes Gut auch innerhalb der Europäischen Union. Im Kontext der immer wieder aufflammenden Diskussion um die (volle) Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU – insbesondere seit dem 1. Januar 2014 (Freizügigkeit für Rumänen und Bulgaren) – ist es unangemessen und politisch gefährlich, **Szenarien** von Hunderttausenden von Menschen zu beschwören, die in nächster Zeit nach Deutschland immigrieren werden. Diese These ist heute noch genauso falsch wie im Mai 2011, als die Freizügigkeit für Polen und Tschechen begann. Erste aktuelle Statistiken belegen dies bereits. Jenseits solcher übertriebenen Szenarien der Zuwanderung wird es auch in nächster Zeit eine Zunahme von Arbeitsmigration aus den ärmeren EU-Ländern (nicht nur Osteuropas) nach Deutschland geben.

Zahlreiche EU-Bürger/innen, die auf der Suche nach Arbeit nach Deutschland gekommen sind, haben Erhebliches auf sich genommen, wenn sie ihre Heimat und ihre Familien verlassen haben. Viele von ihnen haben das auch getan, weil sie trotz guter Ausbildung in ihrem Land **keine adäquate Beschäftigung** finden konnten. Nun unterstützen sie ihre Familien von Deutschland aus finanziell und verbessern so deren prekäre Lebenssituation. Teilweise haben sie auch Tätigkeiten übernommen, für die sich auf unserem Arbeitsmarkt kaum einheimische Arbeitskräfte finden lassen. Am deutlichsten tritt das im Bereich der Pflege von alten und kranken Menschen zutage, der einen immens steigenden Personalbedarf hat.

Die aus Mittel- und Osteuropa zu uns kommenden Arbeitskräfte fehlen häufig in ihren Heimatländern. In Übereinstimmung mit vielen unserer Partner sehen wir mit einer gewissen Sorge gerade die Auswanderung gut ausgebildeter und qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Osten in den Westen Europas. Durch diesen „**brain drain**“ gehen den osteuropäischen Ländern genau diejenigen Menschen verloren, die zum Aufbau bzw. zur Weiterentwicklung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Systeme besonders wichtig wären. Zugleich hat diese Arbeitsmigration zur Folge, dass häufig Kinder und Jugendliche (mehr oder weniger gut betreut) zurückbleiben, für die sich in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern bereits der Begriff „EU-Waisen“ eingebürgert hat. Ein ähnliches Schicksal trifft alte Menschen.

Renovabis-Positionen

Renovabis sieht sich – als Solidaritätsaktion für und mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa – in der Pflicht, daran mitzuwirken, dass die soziale und wirtschaftliche **Situation in den Herkunftsländern der europäischen Migrantinnen** nachhaltig verbessert wird, zum Beispiel durch Hilfe bei der Entwicklung des Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsbereichs. Die **Projektpolitik von Renovabis** gerade in Rumänien und Bulgarien spiegelt diese Prioritäten deutlich wider.

Darüber hinaus übernimmt Renovabis mit seinen Osteuropakompetenzen eine **Brückenfunktion**: Bei vielen Trägern der sozialen Arbeit in Deutschland sowie lokalen Behörden und Medien konnte Renovabis den großen Bedarf, mehr über die Lebenssituation der Menschen in Mittel- und Osteuropa zu erfahren, abdecken.

Aus den bisherigen Erfahrungen ergeben sich folgende Positionen:

Die in öffentlichen, insbesondere politischen Diskussionen häufig beschworene Sorge darum, dass der deutsche Sozialstaat durch eine „**Einwanderung in unsere Sozialsysteme**“ ausgenutzt wird, darf nicht zu Übertreibungen führen, darf aber auch nicht einfach als unbegründet abgetan werden. Wo aus der Zuwanderung soziale Probleme entstehen, müssen diese realistisch analysiert, eingeschätzt und angegangen werden. Dabei müssen die Kommunen, die hier am meisten betroffen sind, von allen anderen politischen und Verwaltungsebenen unterstützt werden. Gegebenenfalls muss hier auch über neue Konzepte der Unterstützung und Förderung nachgedacht werden, etwa auch über die Bildung eines eigenen „EU-Fonds zur Armutsbekämpfung“. Wer die Augen vor

eklatanten Problemen einzelner Kommunen, beispielsweise in der Ruhrgebietsregion, mit Zuwanderern – auch wenn diese nicht nur aus EU-Ländern stammen - verschließt, trägt dadurch möglicherweise selbst zu einer Verstärkung latenter oder offener Fremdenfeindlichkeit bei.

Ein eigenes Thema in diesem Zusammenhang ist **die Frage der Roma**, die einen nicht unerheblichen Teil der Armutsmigranten bilden. Sie wurden als Minderheiten schon in ihren Herkunftsländern diskriminiert und ausgegrenzt und dürfen dieses Schicksal in unserem Land nicht noch einmal erleiden müssen.

Wir fordern von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsländern **mehr und bessere Zusammenarbeit** im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen, die sich durch die innereuropäischen Migrationsbewegungen stellen. Dazu gehört auch, dass seitens der Brüsseler Institutionen auf die Regierungsverantwortlichen in den Armutsregionen Europas mehr Druck ausgeübt wird, damit sie sich der sozialen Probleme ihrer Ländern verstärkt annehmen, Korruption konsequenter bekämpfen, ethnische Minderheiten integrieren und die **von der Europäischen Union bereit gestellten Hilfsmöglichkeiten** auch wirklich in Anspruch nehmen.

Wir halten es für **diskriminierend**, Zuwanderer aus anderen EU-Ländern nach nationalen Nützlichkeitsabwägungen in „Erwünschte“ und „Unerwünschte“ einzuteilen. Dies ist gerade auch auf dem Hintergrund der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts sehr ernsthaft zu bedenken. Freizügigkeit muss für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger gelten, nicht nur für die im Ausland ausgebildeten „billigen“ Fachkräfte, die von deutschen Betrieben dringend nachgefragt werden.

Wir wenden uns gegen die (immer wieder nachweisbare) skandalöse **Ausbeutung von zugewanderten Arbeitskräften** aus EU- (und anderen) Ländern. Solche Ausbeutung geschieht nicht nur durch skrupellose Arbeitgeber, sondern auch durch Vermieter von überbelegtem Wohnraum. In diesem Kontext sind auch organisierte Bettelei, Zwangsprostitution und Frauenhandel zu sehen, wo die Ausbeutung Dimensionen moderner Sklaverei annimmt.

Wir stehen **gegen Fremdenfeindlichkeit** und die Ausgrenzung von Migranten. Die Migrationsprozesse in Europa gehören zu den größten Erfolgen, wie auch zu den größten Herausforderungen unserer jüngsten Geschichte. Von zentraler Bedeutung ist eine erfolgreiche Integration der zugewanderten Bevölkerung und der Mehrheitsgesellschaft, die (zu ihrem eigenen Nutzen) vielerorts erst noch eine Art **„Willkommenskultur“** entwickeln muss.

Vor diesem Hintergrund plädiert Renovabis dafür, die **mit Migration verbunden Chancen** und die **Situation der konkreten Menschen** stärker in den Blick zu nehmen und so am Aufbau eines wirklich solidarischen Europas mitzuwirken.

Freising, 31. März 2014